

STUDIEN UND FORSCHUNGEN AUS DEM
NIEDERÖSTERREICHISCHEN INSTITUT FÜR LANDESKUNDE

Herausgegeben von Elisabeth Loinig

Band 70

**Wien und Niederösterreich –
eine untrennbare Beziehung?**

**Festschrift für Willibald Rosner
zum 65. Geburtstag**

Herausgegeben von
Elisabeth Loinig, Stefan Eminger und Andreas Weigl

Verlag NÖ Institut für Landeskunde
St. Pölten 2017

Einband: Alois Groppenberger, Geometrischer Plan der Straßen in Nieder-Oesterreich 1:288 000,
Wien 1785 (NÖLB)
Grafik: Renate Stockreiter

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
NÖ Institut für Landeskunde
3109 St. Pölten, Kulturbezirk 4

Redaktion: Stefan Eminger, Elisabeth Loinig, Andreas Weigl
Bildredaktion: Werner Berthold, Stefan Eminger
Lektorat: Heidemarie Bachhofer

Hersteller:
Ferdinand Berger und Söhne Ges.m.b.H.,
3580 Horn, Wienerstraße 80

© NÖ Institut für Landeskunde
ISBN 978-3-903127-07-4

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Rundfunk- oder Fernseh-sendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten.

„Wenn ich einmal groß bin, hat Niederösterreich seine eigene Hauptstadt.“

Die Entwicklung St. Pöltens zur Landesmetropole

Von *Martina Rödl*

Das Zitat im Titel ist nur einer von vielen Slogans, die Mitte der 1980er Jahre kreiert wurden, um das Bewusstsein in der Bevölkerung für eine eigene Landeshauptstadt zu stärken. Willi Rosner (Jahrgang 1952) wuchs in einem Umfeld auf, das sich mit diesem Thema noch kaum auseinandersetzte. Als Zentrum Niederösterreichs galt in seiner Kindheit noch immer Wien, der Gedanke an eine Hauptstadt war nicht virulent. Knapp 20 Jahre später sollte sich dies ändern. Erste Überlegungen wurden von Seiten der ÖVP-Niederösterreich formuliert; an eine Umsetzung war damals jedoch noch nicht zu denken.



Abbildung 1: Werbekarte für eine niederösterreichische Landeshauptstadt, ca. 1985 (NÖLA).

Rückblick auf ein Land ohne Hauptstadt

Die Frage nach einer Landeshauptstadt für Niederösterreich war aber keine des 20. Jahrhunderts. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es Überle-

gungen, Wien aufgrund des großen wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Wachstums die Reichsunmittelbarkeit und damit die Loslösung vom NÖ Landtag zu gewähren. Als mögliche Hauptstadt wurde Floridsdorf vorgeschlagen, das erst 1904 nach Wien eingemeindet wurde. Diese Überlegungen blieben somit hypothetisch.¹

Durch die Trennung der Stadt Wien vom Land Niederösterreich, welche bereits in der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 festgelegt wurde, aber erst am letzten Tag der dafür vorgesehenen Frist, dem 31. Dezember 1921, vollzogen wurde, kam es zur neuerlichen Debatte rund um eine Landeshauptstadt. Wie umstritten dies war und welche Probleme man hier bereits voraussah, zeigte auch die Stellungnahme des Nationaldemokraten Otto Lutz in einer der letzten Sitzungen des gemeinsamen Landtages am 29. April 1920, in der er auf das Fehlen eines „Mittelpunktes“ für das Land verwies. Weiters prangerte er die Unfähigkeit des Landtages Niederösterreich-Land an, sich einen eigenen Ort zu suchen, um überhaupt tagen zu können.² „[...] Bezeichnend für diese ganze Situation ist [...], daß Sie nicht einmal imstande sind, sich irgendwo im Lande eine Landesvertretung einzurichten, sondern daß Sie notgedrungen in Wien tagen müssen, weil dieses Wien der natürliche, selbstverständliche Mittelpunkt des Landes ist. [...]“³

Gleichzeitig nahm Lutz die mehr als 60 Jahre später tobende Frage vorweg, welche Städte sich wohl um den Sitz der Landesregierung bewerben würden. Er nannte bereits 1920 die Städte Baden, Mödling, Amstetten, Krems und St. Pölten. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung von Karl Seitz, dass die Sozialdemokratie zwar grundsätzlich für ein zentralistisch verwaltetes Land stünde; doch wenn dies nicht gewährleistet sei, dann solle man den Grundsatz der Selbstverwaltung einführen und diesen auch konsequent umsetzen. Das bedeute wiederum, die Autonomie der Städte anzuerkennen und somit die Unabhängigkeit Wiens von Niederösterreich.⁴

Konsequenterweise wurde in den 1980er Jahren die Zustimmung der Landes-SPÖ für eine eigene Landeshauptstadt von einer Stärkung der Regionen abhängig gemacht. Es dürfe von der Landeshauptstadt kein Zentralismus ausgehen, war der Grundtenor.

Auch Oskar Helmer erzählt in seinen Lebenserinnerungen von der „schwierigen“ Trennung Wiens von Niederösterreich-Land sowie von langwierigen Verhandlungen um einzelne Punkte des Verfassungsgesetzes 1920, wie etwa den Landesbahnen. Gefeilscht wurde auch um das Landhaus in der Herrengasse. „[...] Noch immer stritt man um den Besitz des Landhauses, das die Wiener Vertreter für Wien bean-

1) Hans STRÖBITZER, Nicht die Zeit für Visionen. Hauptstadt-Diskussion in der Ersten Republik. In: Die Sache mit dem Gulasch. 15 Jahre Landeshauptstadt St. Pölten. Hrsg. Herbert WALDHAUSER u. Hans STRÖBITZER (St. Pölten 2001) 23–28, hier 26.

2) Hermann RIEPL, Fünfzig Jahre Landtag von Niederösterreich, Bd. 1: Der Landtag in der Ersten Republik (Wien 1972) 29.

3) RIEPL, Landtag 1 (wie Anm. 2) 29.

4) RIEPL, Landtag 1 (wie Anm. 2) 30.

spruchten. Jedoch, das schien eine zu starke Zumutung für die Niederösterreicher zu sein. Da gab schließlich Breitner nach. [...]“⁵

Die mit der Trennung Wiens und Niederösterreichs verbundene Neuaufteilung der Geldmittel trat mit all ihren Schwierigkeiten bereits bei den Budgetverhandlungen 1923 zutage und begleitete jede weitere Finanzdebatte; über Jahrzehnte hindurch.⁶

Das Fehlen einer eigenen Landeshauptstadt führte bei der Haushaltsdebatte des Jahres 1927/28 sogar zu Überlegungen, sich wieder mit Wien zu einem Bundesland zu vereinen. Ein Jahr später gestanden sich Vertreter der Christlichsozialen Partei erstmals ein, dass die Trennung Niederösterreichs von „seiner“ Hauptstadt ein Fehler gewesen sei.⁷

Mit den politischen Zäsuren in den Jahren 1933 und 1934 trat die Hauptstadtfrage gänzlich in den Hintergrund. 1938 rückte dann Krems in den Fokus der NS-Städteplaner. Mit der Eingemeindung von vierzehn Gemeinden wurde Groß-Krems errichtet und zur Statutarstadt erhoben. Weitere Ausbaupläne für Krems als Gauhauptstadt konnten kriegsbedingt nicht umgesetzt werden. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Stabilisierung der Sicherheits- und Ernährungsverhältnisse setzte die Diskussion um eine eigene niederösterreichische Landeshauptstadt erneut ein.

Bei den Budgetverhandlungen für das Jahr 1951 war es der sozialistische Abgeordnete Wilhelm Steingötter (damals auch Vizebürgermeister von St. Pölten), der die Frage nach einer Landeshauptstadt für Niederösterreich erneut im Landtag diskutiert wissen wollte. Für ihn waren die finanziellen Schwierigkeiten zur Deckung des Budgets in der Trennung von Wien und Niederösterreich begründet. Wie Hermann Riepl bereits in seinem Standardwerk zum NÖ Landtag ausführte, war Steingötter auch der erste Landtagsabgeordnete, der diese Frage in der Zweiten Republik aufgriff und für St. Pölten als Landeshauptstadt eintrat.⁸ Zwei Jahre später, 1953, widmete sich der sozialistische Abgeordnete Josef Wondrak erneut der Frage der Landeshauptstadt. Für ihn war das Fehlen die Ursache für die finanziellen Schwierigkeiten des Landes Niederösterreich.⁹ „[...] Wir haben keine Hauptstadt und Wien hat kein Hinterland. Das sind Dinge, von denen wir überzeugt sind, daß sie nicht für die Ewigkeit geschaffen sind. [...]“¹⁰

Nicht nur das Verhältnis der Steuerabgaben und Steuereinnahmen drehte sich rund um die Frage des fehlenden Mittelpunktes in Niederösterreich, auch die Kul-

5) ERNST BEZEMEK, Einvernehmliche Scheidung. Trennung der Bundesländer Wien und Niederösterreich. In: Die Sache mit dem Gulasch. 15 Jahre Landeshauptstadt St. Pölten. Hrsg. Herbert WALDHAUSER u. Hans STRÖBITZER (St. Pölten 2001) 13–22, hier 21.

6) RIEPL, Landtag 1 (wie Anm. 2) 118 bzw. 187–190.

7) RIEPL, Landtag 1 (wie Anm. 2) 237.

8) Hermann RIEPL, Fünfzig Jahre Landtag von Niederösterreich, Bd. 2: Der Landtag in der Zweiten Republik (Wien 1973) 130.

9) RIEPL, Landtag 2 (wie Anm. 8) 142.

10) RIEPL, Landtag 2 (wie Anm. 8) 143.

turpolitik und die Kulturförderung waren laut Abgeordnetem Franz Stangler (ÖVP) dadurch massiv erschwert.¹¹

1954 versuchte Landesrat Viktor Müllner erstmals die Benachteiligung Niederösterreichs gegenüber Wien in Ziffern zu fassen: 600 Millionen Schilling gingen dadurch dem Land jährlich verloren.¹² Die ÖVP gab eine Empfehlung an die NÖ Landesregierung, sich doch mit dem Bund um eine Änderung des Finanzausgleiches zu bemühen, um das Fehlen einer Landeshauptstadt auszugleichen.¹³ „[...] Wir müssen uns mit dem Gedanken abfinden, daß Wien nie freiwillig oder unfreiwillig in den niederösterreichischen Mutterschoß zurückkehren wird, daß daher die Trennung eine dauernde ist und daß wir eben verurteilt sind, als Niederösterreicher in dieser Stadt ein dauerndes Gastspiel zu absolvieren. [...]“¹⁴

Weiters war Steingötter der Meinung, dass man nicht irgendeine Stadt zur Landeshauptstadt erheben könne, man jedoch eine Art „Waisenrente oder Apanage“ vom Bund für dieses Manko beim nächsten Finanzausgleich beantragen solle.

Anlässlich des vierzigsten Jahrestages der Beschlussfassung des Bundesverfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920 und dem damit verbundenen Jubiläum als eigenständiges Bundesland gab es im NÖ Landtag 1961 eine Festsitzung. Landeshauptmann Steinböck hielt darin fest, dass „[...] uns Niederösterreicher das Fehlen einer eigenen Landeshauptstadt schon aus wirtschaftlichen Gründen vor manches Problem stellt. [...]“¹⁵

In der zehn Jahre später von Landtagspräsident Robl gehaltenen Festansprache verwies dieser darauf, dass das Fehlen einer eigenen Hauptstadt bis heute spürbar sei. Auch Landeshauptmann Maurer bekräftigte diesen Verlust.¹⁶ Interessant ist in diesem Zusammenhang die Neubestellung eines Bundesrates für Niederösterreich nach den Nationalratswahlen 1971. Sie zeigte Auffassungsunterschiede innerhalb der SPÖ. Leopold Grünzweig wollte das Mandat nach Tulln „holen“, doch Bundeskanzler Kreisky hielt dem entgegen, dass Hans Schickelgruber, Bürgermeister von St. Pölten und somit der größten Stadt Niederösterreichs, das Bundesland besser repräsentieren könne.¹⁷ Die Bundes-SPÖ gab also St. Pölten den Vorzug, vorerst in Repräsentationsangelegenheiten, jedoch gegen den Willen der Landes-SPÖ. Jahre später waren sich beide Organisationen einig – die Etablierung einer Landeshauptstadt sei nicht nötig.

Die erste Hälfte der 1970er Jahre war immer wieder geprägt von diesem Thema.¹⁸ Auch der Landesparteitag der ÖVP im Jahr 1970 stand ganz im Zeichen der Hauptstadtfrage. Landeshauptmann Maurer trat für, Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Czettel gegen eine eigene Hauptstadt ein. 1971 wurde eine Machbarkeits-

¹¹) RIEPL, Landtag 2 (wie Anm. 8) 160.

¹²) RIEPL, Landtag 2 (wie Anm. 8) 172.

¹³) RIEPL, Landtag 2 (wie Anm. 8) 179, 181.

¹⁴) RIEPL, Landtag 2 (wie Anm. 8) 258.

¹⁵) RIEPL, Landtag 2 (wie Anm. 8) 294.

¹⁶) RIEPL, Landtag 2 (wie Anm. 8) 466–469.

¹⁷) Siegfried NASKO, Empor aus dumpfen Träumen (St. Pölten 1986) 387.

¹⁸) StA St. Pölten, Gemeinderatsprotokoll vom 11. Juli 1986.

studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnis 1974 vorlag. Daraufhin erteilte die VP-dominierte NÖ Landesregierung dieser Idee eine Absage. Stattdessen wurde eine Förderung der Viertelshauptstädte vereinbart.¹⁹ St. Pölten hingegen hielt sich alle Möglichkeiten offen, wie das Leitmotiv für den Flächenwidmungsplan von 1975 erkennen ließ: „[...] Das Stadtgebiet ist so zu entwickeln und auszustatten, daß St. Pölten als Landesschwerpunkt im Zentrum Niederösterreichs die Eignung zur Landeshauptstadt bekommt. [...]“²⁰

Und mit diesem Motto „Ja, zu St. Pölten“, zehn Jahre später auch der Wahlkampfeslogan der St. Pöltner Stadtpolitik, ging die sozialistische Vertretung der Stadt erstmals auf Konfrontationskurs mit der Landesvertretung ihrer Partei. Diese sah nämlich eine Stärkung der Regionen und die Schaffung von Industriestandorten für wichtiger an als eine Förderung des Zentralismus durch das emotional besetzte Thema Landeshauptstadt.

Paukenschlag Februar 1984

Medial wurde die Frage nach einer Hauptstadt für Niederösterreich in der Regionalpresse, der NÖN, im Mai 1966 losgetreten. Aufgrund der akuten Platzprobleme der niederösterreichischen Landesverwaltung gab die Politik den Auftrag für eine Raumordnungsstudie. Diese gelangte zum Schluss, dass ein eigenständiger Landesschwerpunkt im Zentralraum St. Pölten-Krems anzudenken sei; eine tatsächliche Umsetzung hielt man zu diesem Zeitpunkt noch für nicht machbar.²¹

Bei den Gemeinderatswahlen 1972 positionierte sich die ÖVP-St. Pölten bereits als „Hauptstadtpartei“. Auch ein mögliches Verwaltungszentrum wurde schon im Modell präsentiert. Doch die Zeit war noch nicht „reif“ für eine eigene Hauptstadt, und so blieb aus dieser Phase des Wahlkampfes nur der noch heute gültige Ruf der Faschingsgilde: LaHauPö.²²

„[...] Mit der Klärung der Landeshauptstadt-Frage geht es entscheidend um die Zukunft Niederösterreichs, um eine weitere Verbesserung der Lebens- und Existenzverhältnisse in unserem Land. [...]“²³ Mit dieser Erklärung sorgte Landeshauptmann Siegfried Ludwig im Februar 1984 für einen Paukenschlag. St. Pöltens Bürgermeister Schickelgruber nahm kurz darauf dazu Stellung. Er hielt eine eigene Landeshauptstadt für nicht notwendig und erklärte dieses Statement als Ablenkungs-

¹⁹⁾ Herbert WALDHAUSER, Das Werden der Landeshauptstadt. In: Unsere Landeshauptstadt St. Pölten. Hrsg. Franz OSWALD u. Hans STRÖBITZER (St. Pölten 1996) 47–61, hier 52.

²⁰⁾ StA St. Pölten, Gemeinderatsprotokoll vom 11. Juli 1986.

²¹⁾ Hans STRÖBITZER, Die Zeit wird reif. Hauptstadtdiskussion in der 2. Republik bis 1984. In: Die Sache mit dem Gulasch. 15 Jahre Landeshauptstadt St. Pölten. Hrsg. Herbert WALDHAUSER u. Hans STRÖBITZER (St. Pölten 2001) 29–38, hier 32.

²²⁾ STRÖBITZER, Zeit (wie Anm. 21) 34.

²³⁾ Franz KLINGENBRUNNER, Die Sache mit dem Gulasch. Die Hauptstadt-Werbung sorgt für Aufregung. In: Die Sache mit dem Gulasch. 15 Jahre Landeshauptstadt St. Pölten. Hrsg. Herbert WALDHAUSER u. Hans STRÖBITZER (St. Pölten 2001) 39–48, hier 39.

manöver der ÖVP vom Rechnungshofbericht 1977 bis 1979.²⁴ Doch nicht nur im Magistrat war man überrascht vom Vorschlag des Landeshauptmannes; auch in den Reihen der ÖVP trat man dieser Idee, vorerst, reserviert gegenüber.²⁵

Landeshauptmann Ludwig hatte es sich zum Ziel gesetzt, gestärkt durch das gute Ergebnis der Landtagswahlen 1983, diese Frage ein für alle Mal zu klären. Die in den 1970er Jahren von Andreas Maurer in Auftrag gegebene Studie bejahte grundsätzlich die Landeshauptstadt-Idee; nur hatte man damals die Zeit für noch nicht reif dafür erachtet. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Ende der Hochkonjunktur) hatten sich im Vergleich zu den 1970er Jahren geändert und die Abwanderung aus den Regionen in die Städte (allen voran Wien) konnte weiterhin nicht aufgehalten werden. Die Schaffung einer eigenen Landeshauptstadt sollte als „Wirtschaftsmotor“ wirken, die Konjunktur ankurbeln und das Abfließen von Bevölkerung und Kapital nach Wien bremsen. Während die ÖVP darauf relativ rasch von Landeshauptmann Ludwig eingeschworen werden konnte, war die Meinung in der SPÖ zweigeteilt: Die Bürgermeister von St. Pölten und Wiener Neustadt waren für die Hauptstadt-Idee und naturgemäß für ihre eigenen Heimatstädte, während die Landes-SPÖ unter Leopold Grünzweig eine ablehnende Haltung einnahm. So trat Landeshauptmann-Stellvertreter Leopold Grünzweig in einem Interview für die St. Pöltner Nachrichten am 20. März 1984 für eine Verschmelzung der beiden Bundesländer Niederösterreich und Wien ein. Diese Idee fand auch beim Wiener Bürgermeister Leopold Gratz Anklang. Doch „[...] Landeshauptmann Ludwig erteilt beiden ‚Poldln‘ eine Absage [...]“, hieß es in den Niederösterreichischen Nachrichten.²⁶

Im Gemeinderat von St. Pölten war das Thema „Landeshauptstadt“ 1984 erstaunlicherweise kaum präsent; einzig in der im November stattfindenden Generaldebatte nahmen die drei im Stadtparlament vertretenen Parteien dazu Stellung. Die Haltung der SPÖ war eindeutig: Käme das Land seinen Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber der Statutarstadt nach, so bräuchte man keine eigene Hauptstadt. Die ÖVP argumentierte naturgemäß, dass man alles unternehmen müsse, was der Stadt nützlich sein könne, und man nicht immer davon ausgehen dürfe, dass alles „Schlechte“ von der „schwarzen“ Landesspitze käme. Die FPÖ hingegen war der Auffassung, dass sich der Gemeinderat ausgiebig mit der Frage Landeshauptstadt befassen und nicht nur auf die abwartende Position zurückziehen sollte. Die Diskussionsbereitschaft zum Thema Landeshauptstadt stieg im St. Pöltner Stadtparlament erst mit dem Bürgermeisterwechsel, welcher am 15. Juli 1985 vollzogen wurde. Mit dem neuen Bürgermeister Willi Gruber hatte Siegfried Ludwig einen gesprächsbereiten Partner gefunden; für Gruber bedeutete dies, mit der Landes-SPÖ nicht immer auf einer Linie zu sein.²⁷

Wie viel „Gegenwind“ der Stadt- und Bezirksleitung der SPÖ-St. Pölten entgegenblies, lässt sich am Schriftverkehr zwischen der NÖ Landesregierung und man-

²⁴) Neue St. Pöltner Zeitung (21. Februar 1984) 1, 4.

²⁵) KLINGENBRUNNER, Sache (wie Anm. 23) 40.

²⁶) Neue St. Pöltner Zeitung (20. März 1984).

²⁷) StA St. Pölten, Gemeinderatsprotokolle vom 11. Dezember 1984 und vom 15. Juli 1985.

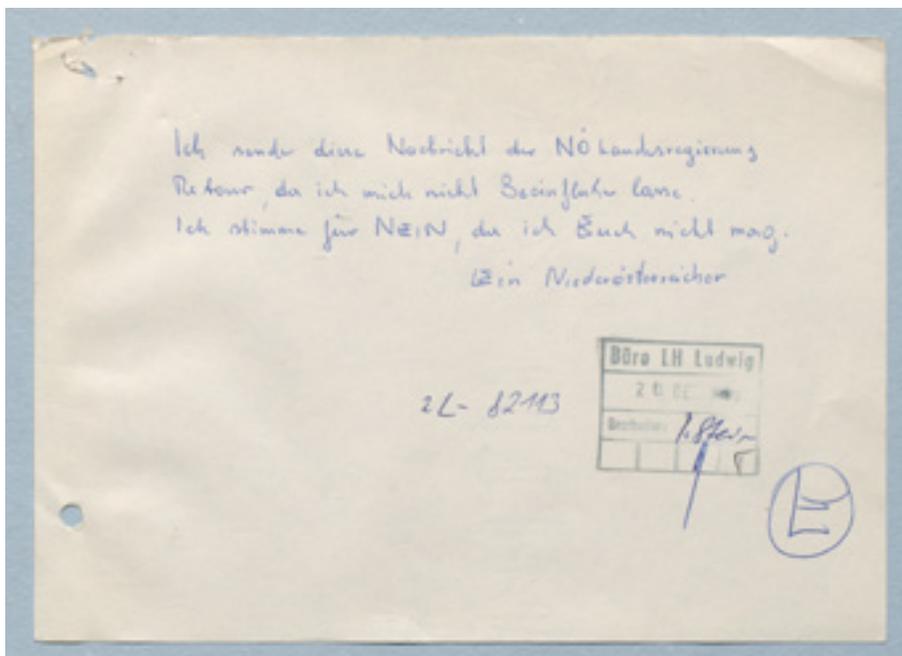


Abbildung 2: Anonymes Schreiben an Landeshauptmann Siegfried Ludwig vom 20. Dezember 1985 (NÖLA).

chen Bezirksorganisationen festmachen. So wurde etwa von den Sozialisten Mistelbachs gefordert:

„[...] die weiteren Vorbereitungen zur Schaffung einer eigenen niederösterreichischen Landeshauptstadt einzustellen und insbesondere keine Landesmittel und die Arbeitszeit von Landesbeamten für diese Projekt zu verwenden. [...] Wir ersuchen Sie, die in diesem Beschluß zum Ausdruck gekommene Meinung in Anbetracht der tristen wirtschaftlichen Situation der Gemeinden des Grenzlandes bei der Behandlung dieser Frage zu berücksichtigen. [...]“²⁸

Auch engagierte Bürgerinnen und Bürger brachten sich in die Diskussion ein und wandten sich mit ihren Vorschlägen an den Landeshauptmann. Dies geschah bisweilen in mehr oder minder kreativer Form, wie folgendes Beispiel zeigt: „[...] Doch soll es für NÖ eine Hauptstadt sein so kann es nur, ja nur doch Baden sein. Die Landeshauptstadt, das ist fix – Geld keins da, drum wird daraus nix. [...]“²⁹

²⁸) NÖLA, NL Siegfried Ludwig, Ordner 1379, Schriftverkehr zwischen SPÖ Mistelbach und Landeshauptmann Ludwig, 5. April 1985.

²⁹) NÖLA, NL Siegfried Ludwig, Ordner 1379, Brief an Landeshauptmann Ludwig vom 4. April 1984.



Abbildung 3: Bürgermeister Willi Gruber wirbt für „seine Stadt“ bei der Volksbefragung am 1. und 2. März 1986 (NÖLA).

Der Weg zum 10. Juli 1986

Bereits im Jänner 1984, kurz bevor das Thema Landeshauptstadt an die Öffentlichkeit drang, kam es im Rahmen des Projektes „Reform der Landesverwaltung“ zur Gründung einer Arbeitsgruppe, die vom damaligen Landesamtsdirektor geleitet wurde. Deren Aufgabe bestand darin, zwei Fragen zu klären: ob eine Landeshauptstadt nötig sei und welcher Standort dafür in Frage käme.³⁰ Gleichzeitig hielt Landeshauptmann Ludwig fest, dass er die Frage der Landeshauptstadt mit einer Volksbefragung oder Volksabstimmung klären werde. Die Weichen dazu sollten noch in der laufenden Legislaturperiode gestellt werden.³¹

³⁰) Hermann RIEPL, Die niederösterreichische Landeshauptstadt: Vision und Wirklichkeit; Dokumentation (St. Pölten 1987) 19.

³¹) RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 22.

Unter den Städten Niederösterreichs fanden sich rasch Bewerber: Krems, St. Pölten, Brunn am Gebirge, Laxenburg, Herzogenburg, Tulln, Klosterneuburg, Wiener Neustadt, Mödling und Baden.³² In Zusammenarbeit mit der Raumordnungsabteilung der Landesverwaltung wurde das Österreichische Institut für Raumplanung beauftragt, die eingegangenen Bewerbungen zu prüfen. Bald war klar, dass eine nähere Begutachtung nur für fünf Standorte (nämlich St. Pölten, Baden, Krems, Tulln und Wiener Neustadt) sinnvoll sei.

Trotz vieler Versuche von Seiten zahlreicher Medien und der politischen Gegner hielt Landeshauptmann Ludwig an seiner Vision fest. Sein Wunsch, die Frage schon 1985 zu entscheiden, erfüllte sich nicht. Bald war klar, dass es im Frühjahr 1986 soweit sein werde.³³

Am 2. Juli 1985 erfolgte die Präsentation der möglichen fünf Standorte. Gleichzeitig wurde klar, dass keiner von den Experten präferiert wurde; allerdings schienen Krems und St. Pölten die besten Voraussetzungen zu haben. Der neue Bürgermeister von St. Pölten, Willi Gruber, zweifelte zwar an der Verwirklichung des Projektes, nannte aber seine Stadt als dafür „gerüstet“.³⁴ Zwei Wochen später kündigte der designierte Landesparteiobmann der SPÖ, Ernst Höger, an, dass die SPÖ-NÖ der Abhaltung einer Volksabstimmung zustimmen und auch deren Ergebnis akzeptieren werde.³⁵

Auch die Wiener Stadtpolitiker, allen voran Bürgermeister Helmut Zilk und Vizebürgermeister Erhard Busek, schalteten sich in die Diskussion ein. Im September 1985 nahm Wiens zweiter Vizebürgermeister, Hans Mayr, dazu Stellung. Seiner Ansicht nach war für den Fall der Schaffung einer niederösterreichischen Landeshauptstadt der Finanzverlust Wiens gering. Die „rote“ Wiener Stadtpolitik enthielt sich danach jedes weiteren Kommentars zur Hauptstadtwerbung, da „[...] man mit einer Einmischung dem Landeshauptmann Ludwig einen wohlfeilen politischen Sieg frei Haus liefern würde. [...]“³⁶

Monate später kam von Helmut Zilk aber ein neuerlicher Vorschlag, die sogenannte „Vatikanlösung“ bzw. eine „Hauptstadt zum Nulltarif“. Er sei bereit, jene Straßenzüge, die jetzt die Verwaltungsgebäude der Landesregierung beherbergen, zu niederösterreichischem Gebiet zu erklären. Landesobmann Höger unterstützte diesen Vorstoß, die ÖVP hielt ihn naturgemäß für „entbehrlich“.³⁷

Zeitgleich begann die Hauptstadtkampagne Ludwigs auf Hochtouren zu laufen. An alle niederösterreichischen Haushalte erging ein Brief des Landeshauptmannes: „[...] Liebe Niederösterreicherin, lieber Niederösterreicher, als Landeshauptmann von Niederösterreich wende ich mich heute mit einer sehr persönlichen Bitte an

³²) RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 28.

³³) RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 30–43.

³⁴) RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 49.

³⁵) RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 51.

³⁶) RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 58.

³⁷) RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 80.



Abbildung 4: Ein „give away“ vor allem für Schulkinder; der Aufkleber fand auf vielen Schultaschen Platz und trug so zur Werbung für St. Pölten als Landeshauptstadt bei (NÖLA).

Sie: [...] Bei der großen Volksbefragung am 1. und 2. März liegt es in Ihrer Hand, ob Niederösterreich endlich seine eigene Landeshauptstadt bekommen wird. [...]“³⁸

Die Umsetzung der beschlossenen Werbemaßnahmen wurde vom Landeshauptmann genau beobachtet. Dass er damit nicht immer zufrieden war, zeigt ein Brief vom November 1985 an den Bürgermeister von Perchtoldsdorf, in dem er die mangelnde Plakatierung sowie die zurückhaltende Vergabe von Werbeflächen für die Landeshauptstadt-Kampagne kritisierte.³⁹ Perchtoldsdorf war mit seiner Skepsis gegenüber der Idee einer eigenen Landeshauptstadt kein Einzelfall. Vor allem die Gemeinden in der unmittelbaren Nähe Wiens plädierten für den Verbleib der

³⁸) NÖLB, Siegfried Ludwig, Liebe Niederösterreicherin, lieber Niederösterreicher. Brief an alle Haushalte vom 14. Februar 1986.

³⁹) NÖLA, NL Siegfried Ludwig, Ordner 1382, Brief an den Bürgermeister von Perchtoldsdorf vom 18. November 1985.



Abbildung 5: Konditormeister Amler (ganz rechts) übergibt Landeshauptmann Ludwig eine „Landeshauptstadtorte“, verziert mit dem Werbeslogan der SPÖ „JA zu St. Pölten“ (NLK).

Landesverwaltung in Wien. In dieser Region kam es auch zu Initiativen gegen das Projekt, wobei der Landeshauptmann mit Eingaben von Bürgern und Gegenargumenten geradezu überhäuft wurde.⁴⁰

In dieser Phase kam es in St. Pölten auch zur Gründung einer Bürgerinitiative, die für eine Landeshauptstadt St. Pölten eintrat und sich als überparteilich verstand. Selbst der als glühender Befürworter bekannte St. Pöltner Landesrat Vinzenz Höfninger (ÖVP) durfte dieser Bewegung nicht beitreten. Ziel war es, die offizielle Linie und Werbung des Landes Niederösterreich zu unterstützen und die Vorteile für St. Pölten herauszuarbeiten. Man setzte vor allem auf junge Wählerinnen und Wähler, initiierte Veranstaltungen im damaligen „Szene-Mekka“ der Disco Fabrik und versuchte mit Aufklebern, auch die Jüngsten der Gesellschaft als Multiplikatoren zu erreichen. Dazu zählten etwa auch Aufkleber in den Stadtfarben mit dem Slogan „Ja zu St. Pölten“, die Autos und Schultaschen zierten.⁴¹

Die Volksbefragung (und nicht, wie von der SPÖ gefordert, eine Volksabstimmung) am 1. und 2. März 1986 brachte ein eindeutiges Ergebnis für eine Landeshauptstadt St. Pölten. Damit war für Landeshauptmann Ludwig das wichtigste

⁴⁰⁾ NÖLA, NL Siegfried Ludwig, Ordner 1382–1383.

⁴¹⁾ Kulturjahrbuch der Landeshauptstadt St. Pölten. Vision wird Realität. 20 Jahre Landeshauptstadt St. Pölten (St. Pölten 2006) 36–37.



Abbildung 6: Es ist geschafft! Bürgermeister Willi Gruber und Landeshauptmann Ludwig feiern die Erhebung St. Pöltens zur Landeshauptstadt (NLK).

Thema seit 1945 geklärt. Landesrat Höger stellte fest, dass Zustimmung und Ablehnung zum Thema Landeshauptstadt quer durch die Parteien gegangen seien.⁴² Das Ergebnis fand auch im tagespolitischen Geschehen der Stadt Wien ihren Niederschlag. So forderte Erhard Busek Wiens Bürgermeister Zilk auf, „[...] den Niederösterreichern ein lukratives Angebot zu machen, damit sie nicht aus Wien ausziehen müssen. [...]“⁴³

Nichtsdestotrotz wurde bereits am 21. Mai 1986 St. Pölten als neue Landeshauptstadt und der Standort an der Traisen als neues Verwaltungszentrum gehandelt. Knapp drei Wochen später war es fix: St. Pölten ist Landeshauptstadt.⁴⁴

Am 10. Juli 1986 wurde das Verfassungsgesetz über die „Errichtung der Landeshauptstadt in St. Pölten“ beschlossen und dieses trat nach Zustimmung der Bundesregierung mit 23. August 1986 in Kraft.⁴⁵

⁴² RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 87.

⁴³ RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 88.

⁴⁴ RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 97–98.

⁴⁵ RIEPL, Landeshauptstadt (wie Anm. 30) 104, 110.

Projekt Regierungsviertel

Kurz nach der Erklärung St. Pöltens zur Landeshauptstadt von Niederösterreich wurden die bereits bestehenden Arbeitsgruppen erweitert.⁴⁶ Für Landeshauptmann Ludwig war es wichtig, keiner Utopie nachzujagen, sondern hier eine Idee umzusetzen, die für die Zukunft prägend war. „[...] Die Zukunft soll man nicht voraussehen, sondern möglich machen [...]“⁴⁷ lautete sein Motto, das sein Macher-Image weiter stärken sollte.

Der erste Schritt dazu war die Gründung der NÖ Landeshauptstadt Planungsgesellschaft mbH, kurz NÖPLAN genannt. Diese sollte die Projekte Landhaus und Regierungsviertel betreuen. Am 7. Jänner 1987 konnte mit den Arbeiten begonnen werden. Das ambitionierte Ziel war, rasch zu Ergebnissen zu gelangen, um den nicht ganz unumstrittenen Standort St. Pölten gut positionieren zu können. Nicht nur in der Bevölkerung Niederösterreichs regte sich mitunter Widerstand gegen die neue Landeshauptstadt; auch in der niederösterreichischen Beamtenschaft, die vielfach ihren Lebensmittelpunkt in und um Wien hatte, war die Übersiedlung nach St. Pölten lange umstritten.⁴⁸

Einen „Vorgeschmack“ auf modernste Architektur, die man nun auch in St. Pölten zukünftig finden würde, bot die Errichtung des „Traisenvavillons“ im Jahr 1988. Dieses Bauwerk (ein mobiler Veranstaltungsbau) war das erste am Areal des neuen Regierungsviertels und spaltete die Bevölkerung in zwei Lager: entweder totale Begeisterung oder totale Ablehnung. Der Traisenvavillon wurde zum Symbol der „Hauptstadtwerdung“; darin fand unter anderem die Präsentation der Architektenwettbewerbe zum Regierungsviertel und zum Kulturbezirk statt, gleichzeitig war Platz für Ausstellungen und Schulveranstaltungen. Im Jahr 2000 wurde der Pavillon geschlossen und abgebaut. Er hatte seinen Zweck erfüllt.⁴⁹

Die Standortfindung für das neu zu schaffende Viertel war geprägt von vielen verschiedenen Forderungen und Ansprüchen. Es galt möglichst alle Einwendungen von Seiten des Landes Niederösterreich und der Stadt St. Pölten zu berücksichtigen. Aufgrund dieser schwierigen Situation, vor allem auch für die NÖPLAN, wurde der sogenannte „Landeshauptmann-Jour-fixe“ eingerichtet. Einmal pro Monat trafen sich alle verantwortlichen Entscheidungsträger im Büro von Siegfried Ludwig. Hier wurden offene Fragen diskutiert und auch gleich entschieden. Das ermöglichte ein zügiges Vorankommen des Projektes.⁵⁰ Im August 1988 fand bereits die Ausschreibung eines internationalen Architektenwettbewerbs zur 1. Ausbaustufe „Landhaus“

⁴⁶) Norbert STEINER, Schneller und billiger als geplant. Die größte Hochbaustelle Österreichs. In: Die Sache mit dem Gulasch. 15 Jahre Landeshauptstadt St. Pölten. Hrsg. Herbert WALDHAUSER u. Hans STRÖBITZER (St. Pölten 2001) 83–96, hier 85 f.

⁴⁷) Siegfried LUDWIG, Am Beginn stand die Zukunft – Perspektiven der Hauptstadtenwicklung. In: NÖPLAN, Festschrift Spatenstich neues Landhaus St. Pölten (Korneuburg 1992) 9–14, hier 10.

⁴⁸) STEINER, Schneller (wie Anm. 46) 85 f.

⁴⁹) https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000224_OTS0163/traisenvavillon-hat-zweck-bei-hauptstadtwerdung-erfuellt (27.7.2017).

⁵⁰) STEINER, Schneller (wie Anm. 46) 85–88.

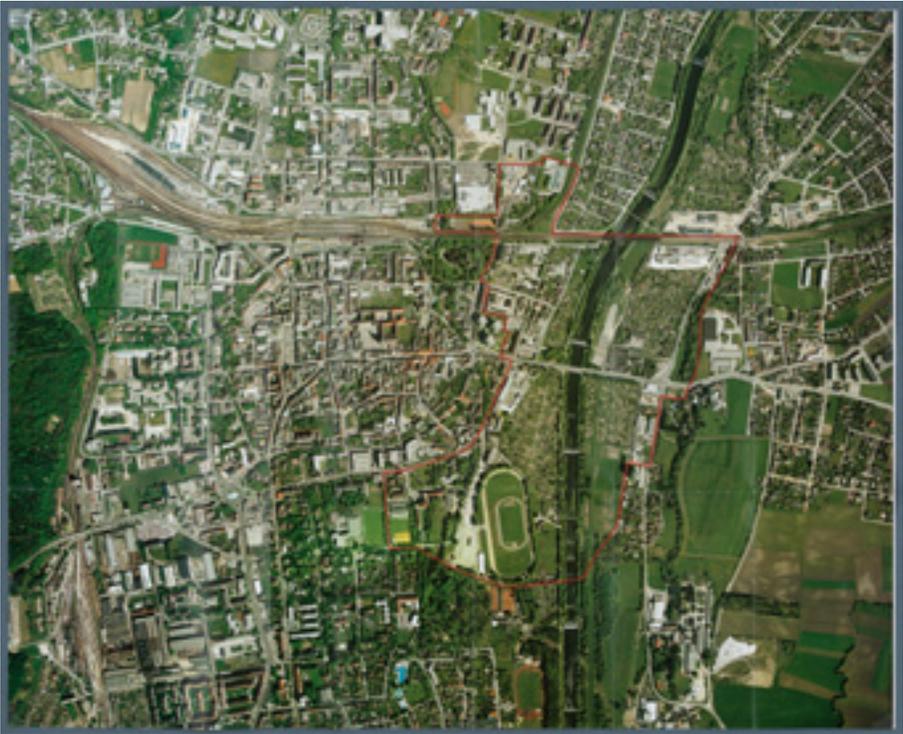


Abbildung 7: Luftaufnahme vom Areal des zukünftigen Regierungsviertels, um 1990 (NÖLA).

statt. Die Errichtung eines niederösterreichischen Verwaltungszentrums fand vor allem in Tschechien großes Interesse. Rund 40 Architektenbüros aus dem Nachbarland nahmen daran teil. Im Juni 1989 lag die erste Jury-Entscheidung vor. Unter den 116 Einreichern konnte sich schlussendlich Ernst Hoffmann durchsetzen.⁵¹

„[...] Wir werden zum Siegerprojekt stehen. Ich bürgе dafür, dass das beste Projekt realisiert wird [...]“⁵² hatte Landeshauptmann Ludwig während der Wettbewerbsphase verlautet. Er war es auch, der in der Bauphase die zeitlichen Meilensteine vorgab. Die endgültige Übersiedlung der Landesverwaltung nach St. Pölten fand dann 1996 statt.

Die Planung und Realisierung des Hauptstadt-Projektes war von vielen Konflikten zwischen der NÖ Landesregierung, der NÖPLAN und der Stadt St. Pölten begleitet. Hier prallten mitunter Ideologien aufeinander und nicht immer Sachargumente. So zum Beispiel war man sich im Stadtparlament bei der Standortwahl nicht mehr einig; neue Vorschläge wurden in die Diskussion geworfen. Auch die

⁵¹) NÖLA, NL Siegfried Ludwig, Ordner 1385, Landeshauptstadt.

⁵²) NÖN (31. Jänner 1989).

verkehrstechnische Anbindung an den neuen Standort stellte alle Beteiligten vor große Herausforderungen.⁵³

Trotz der Skepsis von Seiten der SPÖ-NÖ gegenüber der Landeshauptstadt-Idee setzte Bürgermeister Willi Gruber seit seinem Amtsantritt alles daran, die Beziehungen zwischen „roter“ Stadt und „schwarzem“ Land zu verbessern. Dies zeigte sich auch in der raschen Abwicklung der Flächenwidmung. Innerhalb nur eines Jahres, 1991, kam es zur Änderung des Flächenwidmungsplanes und zur Einreichung des Bebauungsplanes, und auch die Bauverhandlung konnte noch durchgeführt werden. Mit dem Fest zum Spatenstich im September 1992 war Landeshauptmann Ludwig am Höhepunkt und Ende seiner politischen Karriere angelangt.⁵⁴ „[...] Dieser 13. September 1992 ist für mich ein Tag, der mich zutiefst bewegt, ein Höhepunkt in meinem langen politischen Leben. Ich spüre Glück und vor allem eine tiefe Dankbarkeit gegenüber allen, die mitgeholfen haben, gegen anfänglich große Zweifel und Widerstände eine Vision in die Realität umzusetzen [...]“,⁵⁵ schrieb er später.

Die gleiche Dynamik, die Siegfried Ludwig bei der Verwirklichung seiner Vision in Sachen Realisierung des Landhausviertels an den Tag gelegt hatte, übernahm auch sein Nachfolger Erwin Pröll. Der Bau des Verwaltungszentrums in St. Pölten zwischen 1992 und 1997 galt als größte Hochbau-Baustelle Europas. Erst mit dem Beginn der Errichtung des Berliner Regierungsbezirkes 1998 verlor St. Pölten diese Bezeichnung.

Die neue Landeshauptstadt sollte aber nicht nur der Sitz der Landesverwaltung werden, sondern auch ein Zentrum von Kunst und Kultur. Angrenzend an das Regierungsviertel entstand der Kulturbezirk, der an einem einzigen Ort drei bedeutenden österreichischen Architekten die Möglichkeit bot, ihre Vorstellungen zu verwirklichen: Hans Hollein mit dem Museum Niederösterreich, Klaus Kada mit dem Festspielhaus und Paul Katzberger und Michael Loudon mit den Gebäuden für Landesarchiv und Landesbibliothek. Gleich im Anschluss an den Kulturbezirk konnte auch noch Gustav Peichl das Landesstudio NÖ des ORF errichten.⁵⁶

Drei Jahrzehnte „LaHauPö“

Die Entwicklung der Stadt St. Pölten seit der Erhebung zur Landeshauptstadt, das politische Verhältnis zwischen Stadt und Land, das Verhältnis zu Wien, das sind alles Fragen, die sich im Rahmen eines Rückblickes gut beantworten lassen und die mir, als gebürtige St. Pöltnerin und noch immer tief in dieser Stadt verwurzelt, zu beantworten wichtig erschienen.

Dass sich die Stadt so schnell weiterentwickelt hat, ist sicher der Hauptstadtwerdung geschuldet. Das Ergebnis der Volksbefragung von 1986, bei der sich 96

⁵³) NÖLA, NL Siegfried Ludwig, Ordner 1386, Landeshauptstadt, Sammlung Pressestimmen 1989.

⁵⁴) STEINER, Schneller (wie Anm. 46) 85–88.

⁵⁵) STEINER, Schneller (wie Anm. 46) 90.

⁵⁶) STEINER, Schneller (wie Anm. 46) 92–94.

Prozent der wahlberechtigten St. Pöltnerinnen und St. Pöltner für ihre Stadt als Landeshauptstadt aussprachen, zeigte den Willen und Mut zur Veränderung in der Bevölkerung.

Am augenscheinlichsten hat sich das äußere Erscheinungsbild der Stadt im ersten Jahrzehnt als Landeshauptstadt geändert.⁵⁷ Der Bau des Regierungsviertels an der Traisen und die dafür nötigen neuen Straßenzüge zeugen davon und verbanden den neuen Stadtteil mit dem auf die Römer zurückgehenden historischen Altstadt kern. Doch nicht nur das Verwaltungszentrum brachte den Wandel zum Ausdruck, auch die Kleinkunst- und Beislszene fasste sehr rasch Fuß und bot nun Möglichkeiten, die es vor der Erhebung zur Landeshauptstadt nicht gab. Eine Reihe von trendigen In-Treffs entstand und war Ausdruck des neuen Selbstverständnisses der St. Pöltnerinnen und St. Pöltner. Auch das Fremdbild der Stadt hat sich gewandelt. St. Pölten gilt nun nicht mehr nur als „Industriestandort“, sondern vermehrt auch als Kulturstandort. Freilich war und ist die Konkurrenz zu Wien groß und erfordert bei den Verantwortlichen von Stadt und Land viel Fingerspitzengefühl, um in Nischen vorzudringen, die eine Abgrenzung zur „alten“ Landeshauptstadt ermöglichen. Im Laufe der Jahre wurde das gebetsmühlenartige Wiederholen der Slogans des Stadtmarketings „Wir sind eine pulsierende Stadt, wo sich etwas tut“ oder „Willst was gelten – kommst aus St. Pölten“ allmählich überflüssig. St. Pölten hat sich als Landeshauptstadt mittlerweile etabliert, seinen Charme als Kleinstadt (nach dem Motto „Jeder kennt jeden“) jedoch beibehalten.

Das Verhältnis von Stadt und Land im Sinne einer Zusammenarbeit zwischen der Stadt St. Pölten und dem Land Niederösterreich hat sich seit der Volksbefragung verändert: Kommune und Bundesland sind zumindest in Sachfragen näher zusammengedrückt, ja bisweilen verschwammen sogar die ideologischen Grenzen. Anders wäre das Projekt Landeshauptstadt in der heute existierenden Form wohl kaum realisierbar gewesen. Von erheblicher Bedeutung dürfte dabei auch das gute persönliche Verhältnis zwischen den Akteuren Siegfried Ludwig und Ernst Höger gewesen sein. Altlandeshauptmann Ludwig meinte dazu im Jahr 2001: „Und auch wenn wir manche Sträüße miteinander ausgefochten haben und wir immer zu den Grundlinien unserer Parteien gestanden sind, haben wir immer wieder im Interesse Niederösterreichs zusammenggefunden. [...] Schließlich sind wir über die Parteigrenzen hinweg sogar echte Freunde geworden.“⁵⁸

Das Verhältnis St. Pöltens zur Bundeshauptstadt hat sich insofern verändert, als sich die früher von Wien abhängige Stadt nun zunehmend „abgenabelt“ hat und auf Augenhöhe mit den anderen Landeshauptstädten wahrgenommen wird. Auch wenn dies von manchen immer noch milde belächelt wird.

⁵⁷⁾ Vgl. dazu etwa die Stellungnahme des Wiener Grün-Politikers Christoph Chorherr, online: https://www.falter.at/archiv/FALTER_20160713B2840FF8AA/wiens-24-bezirk (30.8.2017).

⁵⁸⁾ Ernst HÖGER, Der Weg zum Konsens. In: Die Sache mit dem Gulasch. 15 Jahre Landeshauptstadt St. Pölten. Hrsg. Herbert WALDHAUSER u. Hans STRÖBITZER (St. Pölten 2001) 57–64, hier 64.